



SPD Bad Gandersheim Stadtratsfraktion

Stadt Bad Gandersheim
Bürgermeisterin Franziska Schwarz
Markt 10
37581 Bad Gandersheim

Sehr geehrte Bürgermeisterin,
liebe Franziska,

im Namen der SPD-Fraktion im Bad Gandersheimer Stadtrat leite ich der Verwaltung nachfolgenden Antrag zu.

Präambel

Die Stadt Bad Gandersheim wird als Folge der Coronakrise erhebliche Einnahmeverluste in nahezu allen Bereichen, insbesondere bei der Gewerbesteuer haben. Der angestrebte Haushaltsausgleich erscheint aktuell unwahrscheinlich. Dennoch sind die Verpflichtungen aus dem Haushaltssicherungskonzept und die vertraglichen Vereinbarungen mit dem Land Niedersachsen zu beachten.

Als Folge der weltweiten Coronapandemie sind auch in unserer Stadt u.a. Einzelhandel, Gewerbe, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, aber auch Einzelpersonen stark betroffen. Das soziale und wirtschaftliche Leben ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Stadt hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier bereits durch Steuer- und Gebührenstundungen, Herabsetzung der Steuervorauszahlungen oder Aussetzen der Parkgebühren reagiert.

Dennoch sollte zusätzlich versucht werden, insbesondere Härten für Familien und auch bedürftige Personen abzumildern, sofern dieses durch Bundes- oder Landesprogramme nicht ausreichend erfolgt. Die Übernahme weiterer, freiwillige Leistungen, ggf. für einen befristeten Zeitraum sind mit der Kommunalaufsicht zu klären.

Die SPD-Fraktion im Stadtrat beantragt wie folgt:

1. Die Stadt übernimmt die Beiträge der Betreuungsplätze, die keine Notbetreuung in Anspruch genommen haben für die Kinder, die sonst eine nicht vom Land bereits getragene Betreuung in Anspruch nehmen und deshalb noch beitragspflichtig sind. Unabhängig davon, ob die Beiträge im Hort, in der Krippe oder im Kindergarten anfallen. Darüber hinaus soll sich die Bürgermeisterin beim Landkreis dafür einsetzen, dass auch die Beiträge für die Kindertagespflege vom Landkreis übernommen werden sollen.



SPD Bad Gandersheim Stadtratsfraktion

2. Sofern die Einrichtungen Kosten für Essenslieferungen hatten, obwohl kein Essen abgegeben werden konnte, soll die Stadt diese Kosten für den Zeitraum von zwei Wochen übernehmen. Die Verwaltung soll prüfen, in wie weit der Landkreis sich an den Punkten 1 und 2 beteiligen kann.
3. Die Verwaltung wird gebeten in Abstimmung mit dem Hort zu prüfen, ob die Betreuungskapazitäten für die Sommerferien erhöht werden können und so mehr Kinder als bislang dieses Angebot in den Sommerferien in Anspruch nehmen können.
4. Gemeinsam mit den Kindergarten- und Krippeneinrichtungen soll in Form eines Runden Tisches geprüft werden, inwieweit die Sommerschließzeiten verkürzt werden oder wegfallen können. So erhalten Familien, die einen Großteil ihres Urlaubs für die derzeitige Betreuung ihrer Kinder in Anspruch nehmen müssen, die Möglichkeit ihre Kinder während der Sommermonate betreuen zu lassen. Im Hinblick auf die geforderte Kostenübernahme der Beiträge ist zu prüfen, ob an dieser Stelle eine Verrechnung erfolgen kann.
5. Die Bürgermeisterin führt Gespräche mit den beiden Einrichtungen der Tagespflege, um die derzeitige Betreuungssituation der pflegebedürftigen Menschen in Erfahrungen zu bringen, da auch diese Einrichtungen aktuell nicht besucht werden können.
6. Gemeinsam mit dem GWF bzw. den interessierten Geschäftsleuten soll geklärt werden, wie die Idee des virtuellen Kaufhauses weiterentwickelt werden kann, einschl. der regelmäßigen Aktualisierung der Angebotsseiten und eines Bringdienstes.
7. Nachdem die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vollständig aufgehoben wurden und die Geschäfte und Dienstleister wieder öffnen dürfen, wird die Stadt für weitere acht Wochen auf die Erhebung von Parkgebühren verzichten. Die jeweilige Höchstparkdauer gilt weiterhin.
8. Gemeinsam mit dem GWF bzw. interessierten Geschäftsleuten ist zu prüfen, ob die Anzahl der Sonntagsöffnungszeiten oder der Öffnungen in den Abendstunden im Jahresverlauf erhöht werden kann. Durch Sonderöffnungen mit „Eventcharakter“ erhöht sich die Zahl der Menschen, die in die Stadt gehen und dann auch Umsätze in den Geschäften machen.
9. Gemeinsam mit dem GWF sollte geprüft werden, ob abgesagte Stadtfeste nachgeholt werden können und inwieweit eine finanzielle Beteiligung der Stadt möglich ist.
10. Die Stadtjugendpflege soll neue Formen der Erreichbarkeit für Kinder und Jugendliche über elektronische Medien einrichten und über diese Formen Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt sein. Darüber hinaus sollen aufbauend auf dem Antrag der SPD aus dem Jahr 2017 eine mögliche Nutzung des Bolzplatzes unter Inbezugnahme der Meinungen und Wünsche der Jugendlichen geplant werden, um dieses Projekt nach der Krise zügig umsetzen zu können.
11. Gemeinsam mit den Sportvereinen soll in Form eines Runden Tisches ermittelt werden, welche Einnahmeverluste die Vereine dadurch erlitten haben, dass durch abgesagte



SPD Bad Gandersheim Stadtratsfraktion

Spieltage, Turniere oder Wettkämpfe kein Verkauf von Getränken, Speisen und Eintrittskarten erfolgen konnte. Eine vorübergehende Aussetzung der Sportstättenbenutzungsgebühr könnte dieses ausgleichen.

12. Mit den kulturellen Einrichtungen dieser Stadt, dem Museum, PzG, Weltbühne Heckenbeck und Gandeon ist deren Situation zu klären, ob und wie sie von den Hilfspaketen von Bund und Land profitieren und welche aktuelle Hilfe ggf. notwendig ist.
13. Darüber hinaus soll die Verwaltung gemeinsam mit sonstigen ehrenamtlichen Vereinen in Kernstadt und Dörfern in Form eines runden Tisches besprechen ob und wie die Vereine durch die Corona-Krise betroffen oder gar bedroht werden.
14. Mit der Tafel soll deren aktuelle Situation geklärt werden und welche aktuelle Hilfe notwendig ist.
15. Die Stadt weist die Gewerbebetriebe, Dienstleister und auch die Bürgerinnen und Bürger öffentlich daraufhin, dass sie allen beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen zum Erlangen von Hilfsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung behilflich ist und informiert darüber, wie das abgewickelt werden kann.

Begründung: Durch die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Verordnungen zum Schutz der Bevölkerung kam das öffentliche Leben weitgehend zum Stillstand. Neben vielen Unternehmen, die hierdurch auf Hilfen des Landes Niedersachsen und des Bundes angewiesen sind, trifft diese Situation vor allem die hier lebenden Menschen. In vielen Familien ist die Betreuung der Kinder nur noch zuhause möglich. Hier sollen durch die oben beschriebenen Maßnahmen eine kleine Erleichterung geschaffen werden. Die Einzelhändler unserer Stadt stehen vor einer noch nie dagewesen Situation, auf die es gemeinsam mit dem GWF zu reagieren gilt. Mit modernen Mitteln, wie beispielsweise einem Online-Kaufhaus soll den Einzelhändlern, ermöglicht werden die Krise zu überstehen und im Anschluss über Veranstaltungen in der Stadt der Umsatz wieder angekurbelt werden.

Kinder und Jugendliche sollen sich über elektronische Beteiligungsformen an einer Neugestaltung des Bolzplatzes hinter dem Lidl einbringen. Daneben muss sichergestellt sein, dass der städtische Jugendpfleger für die Kinder und Jugendlichen weiterhin erreichbar ist und insbesondere für junge Menschen aus schwierigen häuslichen Situationen weiter Ansprechpartner sein zu können.

In großem Maße lebt unsere Stadt von Ehrenamtlichen Engagement. Viele Aktivitäten werden über Vereine und ähnliche Institutionen betrieben und entwickelt. Die Stadt muss gewährleisten, dass die etablierten Einrichtungen, wie Sportvereine, Kino oder andere kulturelle Angebote, aber auch sonstige ehrenamtlich getragene Vereine die Krise überstehen und deren Ausfälle müssen zumindest abgemildert werden.



SPD Bad Gandersheim Stadtratsfraktion

Dieses Maßnahmenpaket soll besondere Härten hier vor Ort abfangen und einen Beitrag leisten, damit niemand über Gebühr von den Maßnahmen betroffen ist. Sie sollen helfen, dass gewohnte Leben nach der Pandemie schnellstmöglich wieder aufzunehmen und einem Verlust wichtiger Einrichtungen in der Stadt vorbeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Fraktionsvorstand